



Schweizerisches Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit  
Comité Suisse contre le Chômage des Jeunes

Herrn Bundesrat  
Joseph Deiss  
Bundeshaus  
3003 Bern

Zürich, 3. Februar 2005

### ***Jugendarbeitslosigkeit:***

#### **Mehr Lehrstellen und Schulangebote, Weiterbeschäftigung der jungen Ausgebildeten !**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Deiss,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Erlauben Sie uns, sehr geehrter Herr Bundesrat, Sie an frühere Versprechen zu erinnern: „Ich will bei den Jungen aber das Vertrauen stärken, dass wir dafür sorgen werden, dass es im Herbst für alle eine Lösung gibt, notfalls mit Überbrückungsangeboten.“ (NZZ 29./30.3.03). Die Mehrheit der Stimmenden glaubte Ihnen damals und stimmte nein zur Lehrstellen-Initiative am 18. Mai 03 – getreu dem Motto: „...lächle und sei froh, es könnte schlimmer kommen !... Und ich lächelte und war froh, und es kam schlimmer...!“

Heute stehen wir zu Beginn des Jahres 2005 – und die Lage hat sich für viele Jugendliche keineswegs gebessert. Die Zahlen, die in Ihrem Departement zu den Perspektiven der Schulabgänger/innen bzw. den Lehrabgänger/innen ausgewiesen werden, sind weiterhin alarmierend – trotz aller eingeleiteten wichtigen Massnahmen<sup>1</sup>. Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich seit 1999 verdreifacht !

Wir sind überzeugt, dass Sie unsere Einschätzung teilen: Wenn trotz allen Appellen an die Wirtschaft, wenn trotz anziehender Konjunktur immer noch Hunderte von Jugendlichen riskieren, von der Gesellschaft und ihrem Beschäftigungssystem ausgeschlossen zu werden, dann stehen wir vor einem strukturellen und nicht nur konjunkturellen Problem, das nach sofortigen Massnahmen verlangt. Es wäre billig, den Schwarzen Peter dem Verhalten der Jugendlichen zuzuschieben. Wir sind mit Ihnen einverstanden.<sup>2</sup> Wenn Schweizer Jugendliche an den Internationalen Berufsweltmeisterschaften regelmässig hervorragend abschliessen, wenn das Lehrstellenbarometer aufzeigt, dass die von den Schulabgänger/innen erworbenen Kompetenzen höher als die von den Betrieben nachgefragten Kompetenzen sind und wenn alle vorhandenen Studien erhärten, dass sich die berufliche Bildung für die Arbeitgeber durchaus lohnt, dann ist primär die Wirtschaft gefragt, ein genügendes Angebot von Ausbildungsplätzen in der beruflichen Grundbildung zur Verfügung zu stellen. Die Rezepte für und die Angebote an die Arbeitgeber wurden ja bereits in einem von Jugendorganisationen und der Politik angestossenen Prozess über die beiden Lehrstellenbeschlüsse und das neue Berufsbildungsgesetz breit entwickelt. Viele Massnahmen beginnen auch etwas zu greifen. Allerdings wächst die Nachfrage – die

Schulastretenden – in den nächsten Jahren weiterhin schneller als das leicht vermehrte Angebot. Damit wächst das Ungleichgewicht auf dem Markt für berufliche Grundbildung, und damit kommen Sie zum Zug, sehr verehrter Herr Bundesrat. Artikel 13 des neuen Berufsbildungsgesetzes gibt dem Bundesrat die Kompetenz, „befristete Massnahmen zur Bekämpfung“ (des Ungleichgewichtes) zu ergreifen<sup>3</sup>.

### **Sofort handeln für die Schulabgänger/innen !**

Es wäre vollständig falsch, jetzt Reformen am Berufsbildungssystem auf die lange Bank zu schieben. Es braucht keine langwierige Verfassungsänderung, um ausbildenden Betrieben mit Steuerabzügen weiter entgegen zu kommen, wie es ein parlamentarischer Vorstoss verlangt<sup>4</sup>. Sozialpartnerschaftlich geführte Branchenfonds, wie sie das neue BBG vorsehen, die Förderung von Lehrbetriebsverbänden, Basislehrjahren usw. sind Instrumente, die der sofortigen Umsetzung harren. Es braucht hier einen grösseren politischen Willen in der Umsetzung.

Wir befürchten allerdings, dass auch diese Massnahmen zu wenig rasch und umfangreich greifen, um allen Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive zu geben.

#### ***Wir verlangen deshalb zusätzlich:***

- *Die Brückenangebote (10. Schuljahre u.a.m. ) müssen einen klaren Bildungsauftrag erhalten (z.B. anerkanntes Basislehrjahr) sie müssen koordiniert werden und überall gratis zugänglich sein<sup>5</sup>.*

- *Die Angebote der Lehrwerkstätten, Handelsmittelschulen, Fachmittelschulen u.a.m. müssen sofort um mindestens zehn Prozent ausgebaut werden. Diese wichtigen und erfolgreichen Bildungsangebote stehen heute alle unter dem Spardruck in den Kantonen und dem Anpassungsdruck an das neue Berufsbildungsgesetz. Sie riskieren heute ab-, statt ausgebaut zu werden. Dabei könnten ihre zielgerichteten und auf dem Arbeitsmarkt nachweislich erfolgreichen Angebote teilweise zu Lasten der Brückenangebote ausgebaut werden. Wenn Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt später wieder besser spielen sollte, können solche antizyklisch eingesetzten Angebote auch wieder zurückgefahren werden. Hier hat der Staat den direktesten Zugang zur Steuerung der beruflichen Grundbildung. Er kann damit vermeiden, dass viele Jugendliche aus den Bahnen geworfen werden, nur weil sie im falschen Moment aus der Schule kommen, und später von der Gesellschaft über die Sozialpolitik mitfinanziert werden müssen.*

### **Sofort handeln für die jungen Berufsleute !**

Heute werden viele Jugendliche doppelt bestraft. Selbst wer eine berufliche Grundbildung erfolgreich abschliessen konnte, sieht sich überdurchschnittlich häufig mit Arbeits- und Perspektivenlosigkeit konfrontiert. Auch hier muss primär die Wirtschaft handeln.

#### ***Wir fordern***

- *Die Weiterbeschäftigung der Ausgelernten im Lehrbetrieb während eines Jahres, sofern dies nicht zu Lasten der beruflichen Grundbildung geschieht.*

- *Die in der beruflichen Grundbildung nicht aktiven Betriebe, die grosse Mehrheit, übernehmen die Lehrabgänger/innen während eines Jahres zu einem Teilzeitpensum von 3 bis 4 Tagen die Woche zum branchenüblichen Grundlohn. Für die verbleibenden 1 bis 2 Wochentage werden den Jugendlichen Weiterbildungsprogramme zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit angeboten. Finanziert wird diese Weiterbildung über den Pilotartikel der Arbeitslosenversicherung und, wo nötig und möglich, aus den paritätisch verwalteten Branchenbildungsfonds. Damit erhalten die Jungen die fehlende berufliche Erfahrung und die erste vertiefende Weiterbildung, und die Betriebe müssen angesichts der immer noch unsicheren Konjunkturaussichten nicht für einen vollen Lohn aufkommen.*

Wenn der politische Willen da ist, können diese wirksamen Massnahmen kurzfristig umgesetzt werden. Vielen Jugendlichen würde damit wirksam eine Lebensperspektive geboten.



Wir sind überzeugt, sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, dass Sie unsere Anliegen ernst nehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Schweizerische Komitee gegen Jugendarbeitslosigkeit (skja)

Mario Antonelli, Co-Präsident skja  
Kaufmännischer Verband Schweiz

Peter Sigerist, SGB-Jugendkommission



### Mitgliederorganisationen

Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
Kaufmännischer Verband Schweiz  
Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH  
JUSO Schweiz  
UNIA - die Gewerkschaft  
Junge Alternative JA!  
Comedia - die Mediengewerkschaft  
Fédération des étudiants neuchâtelois FEN  
VPOD  
PdA Schweiz  
Sindacato Indipendente degli Studenti e Apprendisti TI

[www.jugendarbeitslosigkeit.ch](http://www.jugendarbeitslosigkeit.ch); info@skja.ch

**z.K. an:** Nationalrätin, Doris Leuthard Kirchfeldstr., 5630 Muri, AG  
Nationalrätin Marianne Kleiner, Sonnenböhl, 9100 Herisau  
Nationalrat Hans-Jürg Fehr, Pilatusstr. 60, 8203 Schaffhausen  
Nationalrat Ueli Maurer, Rebacher 12, 8342 Wernetshausen

---

<sup>1</sup> „Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz: Erklärungen und mögliche Massnahmen“, seco, 15.11.04, 3. Version; „Lehrstellen 2003“, SchlussberichtTaskForce, BBT, 22.03.04

<sup>2</sup> „Der Tour de Moron: ein Monument für die Berufsbildung.“ Rede von Bundespräsident Joseph Deiss, 9.7.04

<sup>3</sup> Berufsbildungsgesetz (BBG) vom 13.12.02, Artikel 13

<sup>4</sup> Parlamentarische Initiative zur Sicherung der Lehrlingsausbildung – neue Verfassungsbestimmung, vom 05.10.04

<sup>5</sup> Ergebnisse des Nationalen Forschungsprogramms „Bildung und Beschäftigung“ (NFP43), 7.9.04